

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärtig werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines Jüdisches Familienblatt“ erhoben. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorrückung kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 21516
Postscheckkonto Leipzig Nr. 15070
Bankkonto: Sächsische Staatsbank, Leipzig
Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2.40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstraße 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Die neue Gemeinde-Verwaltung in Berlin

Durch die Abweisung der zahlreichen Einsprüche, welche gegen die am 30. November 1930 in Berlin vorgenommenen Wahlen in die jüdische Gemeinde eingebracht wurden, war die neue Repräsentantenversammlung bestätigt und am 7. d. M. hielt diese Versammlung in der neuen Zusammensetzung ihre erste Beratung ab. Das Gremium zählt 24 Liberale, 14 Volksparteiler, einen Poale-Zionisten, einen Mittelparteiler und ein Mitglied der sogenannten Überpartei. Die Liberalen verfügen also über eine starke Mehrheit, ohne jedoch imstande zu sein, grundsätzliche Änderungen der Gemeindeverfassung durchzuführen, weil ihnen hierzu die notwendige Zahl von zwei Dritteln aller Mitglieder fehlt. Die Einsprüche, welche sofort nach dem 30. November gegen die Wahlen eingebracht wurden, waren zum großen Teile ein Ausfluß der erregten Stimmung, die in weiten Kreisen wegen verschiedener während der Wahlen zutage getretener unangenehmer Begleiterscheinungen herrschte. Es sei ausdrücklich festgestellt, daß die jüdische Volkspartei als Organisation diese Einsprüche weder angeregt noch unterstützt hat. Es waren tatsächlich einzelne Gemeindeglieder, welche empört über die Verunglimpfung der ostjüdischen Gemeindeglieder durch liberale Parteigänger und erregt über die skrupellosen Methoden völlig indifferent, nur noch formal mit dem Judentum zusammenhängende Menschen an die Wahlurne zu schleppen, indem man ihnen die schrecklichen Gefahren eines zionistischen Sieges in den verlogenen Farben malte, Protest gegen zahlreiche Wahlangehörigkeiten und auch Mißbräuche erhoben. Diese Einsprüche hatten zur Folge, daß die alte Repräsentantenversammlung über ein halbes Jahr lang noch in ihrem Amte amtierte und die weit bedeutungsvollere Folge, daß der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde unter der Ägide des Volksparteilichen Vertreters, Direktor Kareski, verblieb. Dank der geschickten Politik des Reichskanzlers Brüning ist der vergangene Winter, entgegen allen Befürchtungen, verhältnismäßig ruhig verstrichen. Es hätte aber auch anders kommen können, und da wäre es doch nicht gleichgültig gewesen, wer an der Spitze der Berliner Jüdischen Gemeinde, der größten in Deutschland, im vergangenen schrecklichen Krisenwinter stand. Ohne irgendwie die persönliche Eignung und den Eifer der liberalen Herren in Zweifel zu ziehen, die, wenn die Repräsentantenversammlung in der neuen Zusammensetzung sofort bestätigt worden wäre, die oberste Vertretung der Berliner Jüdischen Gemeinde übernommen hätten, so muß man von allgemeinen jüdischen Gesichtspunkten aus dennoch anerkennen, daß es in gewisser Beziehung eine, gelinde ausgedrückt, abgeschlossene Unfalls-Versicherung darstellte, daß gerade Georg Kareski der Wortführer der Berliner Judenheit war. Zum Glück ist

es nicht notwendig gewesen, daß außerordentliche Maßnahmen seitens der Führer der jüdischen Gesamtheit hätten ergriffen werden müssen. Wenn jedoch die Dinge anders gelaufen wären, so war gerade Kareski der geeignete Mann, um mit seiner unbeugsamen Energie und seiner politischen Geschicklichkeit die Interessen der bedrohten Juden wahrzunehmen.

Mittlerweile sind sechs Monate verstrichen, und gerade diese Zeit hat in hohem Maße dazu beigetragen, daß im liberalen Lager, deren Vertreter jetzt quasi als Alleinherrscher in die Verwaltung der Berliner Jüdischen Gemeinde einziehen, eine gewisse Beruhigung und Ernüchterung eingetreten ist. Sofort nach Bekanntwerdung der Wahlergebnisse am 30. November konnte man im Hauptorgan der Liberalen, der „Jüdisch-liberalen Zeitung“, so manches lesen, was geeignet war, die größten Befürchtungen hinsichtlich der jüdisch-politischen Reife der liberalen Mandatäre zu hegen. Da wurde restloser Abbau der mit ungeheurer Mühe geschaffenen Schulorganisation der Berliner Jüdischen Gemeinde verlangt. Man konnte lesen, daß in der Beamtschaft und unter den Angestellten der Berliner Jüdischen Gemeinde, deren Zahl in die Hunderte geht, eine Musterung nach Parteigesichtspunkten vorgenommen werden soll. Man drohte in der Jüdisch-liberalen Zeitung geradezu mit einem Pogrom gegen alle Funktionäre der Berliner Jüdischen Gemeinde, welche des Zionismus verdächtig erschienen. Im ersten Rausch des errungenen Sieges erlangten damals die radikalsten Elemente unter den Liberalen die Oberhand und die Stimmen der erfahreneren liberalen Führer, die ganz genau wissen, daß nichts so heiß gegessen wird wie es gekocht wurde, kamen gar nicht zur Geltung. Die sechs Monate Wartezeit zwischen der Wahl am 30. November und der endgültigen Bestätigung des Wahlergebnisses durch die Aufsichtsbehörde haben ernüchternd und beruhigend gewirkt. Heute kann man bereits aus liberalen Hauptorganen ganz andere Töne hören. Selbst die radikalsten liberalen Elemente sind zur Einsicht gekommen, daß es im Leben einer Gemeinschaft so etwas wie Kontinuität gibt und daß die praktische Arbeit, die Konfrontierung mit den Realitäten des Lebens ganz etwas anderes sind als Wahlreden und Wahlauftrufe.

Als im Jahre 1926 die antiliberalen Koalition der Berliner Jüdischen Gemeinde die Mehrheit erlangt hatte, da wurde von dieser Koalition sofort nach der Wahl die Parole ausgegeben, daß der Weg für eine Kooperation aller Richtungen innerhalb der Gemeinde gebnet sei. Die Führer der Koalition hatten das selbstverständliche Empfinden, daß in einer jüdischen Gemeinde

nicht streng nach dem Prinzip von Mehrheit und Minderheit regiert werden kann und daß es bei einer sehr großen Zahl von Problemen der Zustimmung aller bedarf, damit gedeihliche Arbeit im Interesse der Gesamtheit geleistet werde. Diese Absicht der Koalition ist leider durch das Verhalten der liberalen Minderheit nicht restlos zur Durchführung gelangt. Sofort nach der Einsetzung der neuen Gemeindeverwaltung, entsprechend dem Wahlergebnis von 1926, schlugen die Liberalen eine Taktik ein, die erkennen ließ, daß sie die ganze Wahlperiode als eine Vorbereitung zum kommenden Wahlkampfe betrachten. Sie haben zwei Jahre lang eine faktische Opposition betrieben, und erst als es zu einer Vereinbarung zwischen der Mehrheit und den Liberalen kam und die Koalition sich mit einer Verkürzung der Wahlperiode um zwei Jahre einverstanden erklärte, kehrte einigermaßen Ruhe und Frieden in die Gemeindestube der Berliner Kehilla ein.

Die Volkspartei ist in der neuen Repräsentantenversammlung in der Minderheit, wenn auch in keiner hoffnungslosen. Nach den bisherigen Äußerungen der volksparteilichen Führer ist nicht anzunehmen, daß nunmehr die Minderheit das Beispiel der liberalen Minderheit vom Jahre 1926 nachahmen wird. Auf volksparteilicher Seite besteht vielmehr der Wille, loyal mitzuarbeiten. Die allgemeine Situation der Juden in der ganzen Welt, der Notstand, der unter den deutschen Juden herrscht, der verstärkte Druck der Außenwelt gegen die jüdische Gemeinschaft, legen jedem verantwortungsvollen Juden in der gegenwärtigen Zeitspanne die erhöhte Verpflichtung auf, alles zu unterlassen, was eine Milderung der bestehenden Not hindern könnte. Es gibt eine große Anzahl von Gemeindeproblemen, besonders in dieser Krisenzeit, die eine Behandlung jenseits von aller Parteilichkeit erfordern. Diese Einsicht herrscht bei der gegenwärtigen Minorität in der Berliner Gemeindeverwaltung in hohem Grade. Es fragt sich nur, ob die Liberalen im Gefühle der ihnen zur Verfügung stehenden sicheren Mehrheit Verständnis für die Situation aufbringen werden. Nach den bisherigen Äußerungen scheint der versöhnlichere Geist im liberalen Lager die Oberhand gewonnen zu haben. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob Parteigeist oder das Bewußtsein der erhöhten Gefahr, in der sich die Juden gegenwärtig in Deutschland befinden, den Sieg davontragen. An dem Willen, mit aller Energie an den Aufgaben der Gemeinde mitzuarbeiten, fehlt es der Minderheit in der Berliner Gemeindestube nicht. Hoffentlich wird diese Haltung bei den Liberalen Verständnis und Entgegenkommen finden.

K. M.